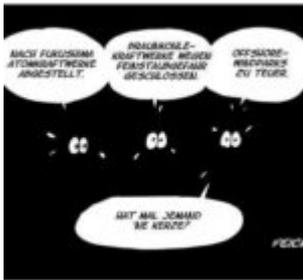


Bürger, bitte aufwachen!



In Sachen Energiewende auf Fachleute hören? Um Himmelswillen, wo kämen wir da hin? Die könnten doch die Illusion zerstören, dass diese Wende eine feine Sache und alternativlos sei. Also wurden und werden die Warnungen der Experten übergangen. Aber wenn sich Fachwissen und Expertenrat gegenüber verantwortungsloser, weil ruinöser Politik und den ihr hörigen „System-Medien“ nicht durchsetzen, dann werden das früher oder später die Fakten tun. Angefangen hat es damit schon.

Redispatchmaßnahmen im Jahr 2015

Netzgebiet	Dauer in Std.	Menge Einsparungsreduzierungen in GWh ¹	Gesamtmenge (getätigte Maßnahmen zzgl. Gegenschäft zum bilanziellen Ausgleich) in GWh	Isolierte Kosten ² für Redispatch in Mio. Euro
Regelzone TenneT	9.096	4.000	8.072	411,9
Regelzone 50Hertz	6.512	3.800	7.882	
Regelzone Transnet BW	126	18	31	
Regelzone Amprion	70	18	35	

¹Erfolgt eine gemeinsame Anforderung einer Redispatchmaßnahme durch zwei benachbarte ÜNB, werden in der Auswertung der Bundesnetzagentur Gesamtdauer und Gesamtmenge dieser Maßnahme häufig auf die beiden anfordernden ÜNB umgerechnet.

²Siehe Kapitel D Systemdienstleistungen.

Ausfallarbeit verursacht durch EinsMan-Maßnahmen in GWh

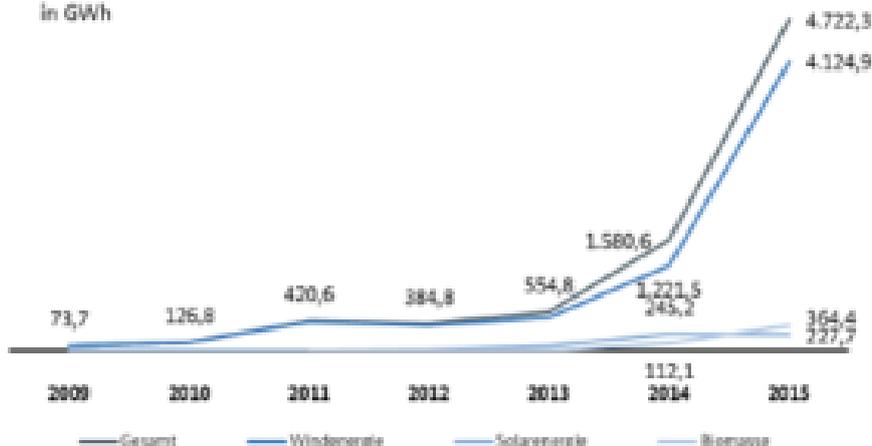


Abbildung 41: Ausfallarbeit verursacht durch EinsMan-Maßnahmen

Abbildung 1 und 2: Aus dem [Monitoringbericht Energie der Bundesnetzagentur/Bundeskartellamt](#) links Seite 99, rechts Seite 105. Mit Dank an R. Schuster für den Hinweis

Jüngstes Beispiel dafür ist die Nachricht, dass Stromnetzbetreiber fast jeden zweiten Tag „Notfallkraftwerke“ anwerfen müssen, um zu verhindern, dass das Stromnetz zusammenbricht. Die Betreiber der Stromnetze beklagen, so meldet zum Beispiel die FAZ, dass die Risiken der Stromversorgung deutlich gestiegen sind. Am 7. Dezember hatten die Netzbetreiber mitgeteilt, seit dem 10. Oktober seien diese Notfallkraftwerke schon an 26 Tagen zugeschaltet worden – also fast an jedem zweiten Tag. Voriges Jahr seien es im Oktober und November nur 18 Tage gewesen (FAZ vom 8. Dezember 2016, Seite 18). In der Online-Ausgabe FAZNet ([hier](#)) lautete die Schlagzeile „Dunkelflaute bedroht die Stromnetze“.

Die hochgefährdete Stromfrequenz von 50 Hertz

Wer Strom nur mit Wind und Sonnenschein erzeugen will, sollte es eigentlich wissen: Bleiben Wind und Sonne gleichzeitig weg, bleibt der Strom ebenfalls weg. Das Wort „Dunkelflaute“ ist dafür die Kurzbezeichnung. Nachts ist die Sonne ohnehin weg, und in den Wintermonaten macht sie sich sehr rar. Und auch der Wind weht bei weitem nicht immer dann, wenn die Menschen Strom haben wollen. Er ist eben, wie jedes Kind weiß, mal da und mal nicht da, mal zu schwach und mal zu stark. Aber diese ständigen Schwankungen von Sonne und Wind gefährden stark die Stromfrequenz. Die nämlich muss bei 50 Hertz gehalten werden. Weicht sie nach unten oder oben davon ab, kommt es – ohne rechtzeitig schnelles Eingreifen – zum Netzzusammenbruch. Alle Lichter gehen aus, alle strombetriebenen Geräte fallen ebenfalls aus. Für eine hochindustrialisierte und mittels Strom hochvernetzte Gesellschaft wie die deutsche führen solche Zusammenbrüche zu schwersten, auch tödlichen Folgen – wie sich jeder selbst ausmalen kann.

Pervers: Die zuverlässigen Stromerzeuger degradiert zu „Notfall-Kraftwerken“

Damit es dazu nicht kommt, müssen die Regelungstechniker der Stromnetzbetreiber schnell reagieren. Dann greifen sie, wenn Wind und Sonne nicht liefern, was sie liefern sollen, auf die herkömmliche Stromerzeugung zurück: auf die mit Kohle, Erdgas und Kernkraft. Dann dürfen diese Kraftwerke Strom wieder liefern, nur dann, vorher nicht. Denn irrigerweise hat Wind- und Sonnenstrom staatlich-interventionistischen Vorrang. Diese herkömmlichen und zuverlässigen Erzeuger soll es bekanntlich nicht mehr geben. Die Energiewende-Politiker und deren Profiteure wollen sie weghaben. Jetzt sind die Zuverlässigen degradiert zu „Notfallkraftwerken“. Eine Perversität: Sie selbst haben nie einen Stromversorgungsnotfall ausgelöst, ihr Strom stand jederzeit zuverlässig zur Verfügung, auch jetzt im Notfall. Nur Wind- und Sonnenstrom schaffen das nicht, nur sie führen zum Notfall.

Schon jährlich über 6000 Netzeingriffe, um einen Stromkollaps zu verhindern

Inzwischen sind wegen der Stromschwankungen bei den Wind- und Solarstromanlagen immer mehr Netzeingriffe notwendig geworden. In diesem Jahr dürften es weit über sechstausend geworden sein. Noch vor zwölf Jahren (2004) und davor war ihre Zahl null bis völlig unbedeutend. 2012 beliefen sie sich

schon auf rund tausend, 2014 bereits auf dreitausendfünfhundert. Je mehr dieser Anlagen aufgestellt werden und Strom ins Netz liefern, desto zahlreicher werden die zwangsläufigen Eingriffe, um einen Netzkollaps zu vermeiden. Auch die Kosten für diese Netzstabilisierung nehmen zu. Die FAZ vom 24. September 2016 (Seite 28) berichtete:

Der Stabilisierungsaufwand für das Stromnetz steigt seit Jahren

„Der Aufwand für die Stabilisierung des Stromnetzes steigt seit Jahren aufgrund des stetigen Ausbaus der erneuerbaren Energien steil an. (Sie Abbildung 1 und 2) Diese Kosten tragen zunächst die Übertragungsnetzbetreiber, am Ende aber vor allem Privatkunden, Gewerbe und Industriebetriebe. So müssen die Netzbetreiber Energieversorger dafür bezahlen, dass sie Kraftwerke drosseln oder hochfahren, um Schwankungen vor allem von Windstrom auszugleichen. Währenddessen ist es nötig, eigentlich stillgelegte Kraftwerke zur Reserve bereitzuhalten. Auch Windkraftanlagenbesitzer müssen von den Netzbetreibern entschädigt werden, wenn diese aufgrund von drohenden Netzüberlastungen ihre Windräder vorübergehend bremsen müssen.“

Als die Netzbetreiber auch bei zuviel Sonnenstrom ins Schwitzen kamen

Die Netzstabilität ist nicht nur dann gefährdet, wenn Sonne und Wind plötzlich nicht genug Strom liefern, sondern auch dann, wenn sie zuviel davon liefern. Der erzeugte Strom muss nämlich immer auch verbraucht werden; ihn großtechnisch und wirtschaftlich vertretbar zu speichern, ist noch immer nicht möglich. Ein Beispiel für zuviel Strom bietet die Hitzewelle im Sommer 2015. Sie zwang zu noch mehr Netzeingriffen. Vom Netzbetreiber 50Hertz war damals zu hören: „Wir geben seit der Hitzewelle jeden Tag grob 2,5 Millionen Euro aus für grenzüberschreitende Eingriffe mit unseren Nachbarn, um das Netz stabil zu halten. Über den Daumen hat uns die Hitzewelle bisher schon 25 Millionen Euro gekostet.“ 50Hertz versorgt 18 Millionen Haushalte im Norden und Osten Deutschlands mit Strom (Quelle [hier](#)).

Es fehlt nicht an Stromleitungen, es fehlt an Verstand

In dem betreffenden FAZ-Bericht las man: „Doch es sind nicht die vielen Klimaanlageanlagen in deutschen Büros, die bei Außentemperaturen von 35 Grad und mehr auf Hochtouren laufen, sondern – wieder einmal – die fehlenden Stromleitungen, die die Netzbetreiber ins Schwitzen geraten lassen und den Stromkunden zusätzliche Kosten aufbürden.“ (FAZ vom 17. August 2015, Seite 17). Mit einer solchen Erklärung wurden die Leser wieder einmal irreführt, denn nicht die fehlenden Stromleitungen sind der Grund, sondern es ist die Energiewende mit dem Vorrang für Strom aus Sonnenschein und Wind. Ohne die nämlich kamen die Netzbetreiber bei Hitze nie ins Schwitzen. Ohne die nämlich würde Deutschland zusätzliche Stromleitungen gar nicht brauchen. Es fehlt nicht an Stromleitungen, es fehlt an Verstand.

Auch dies gehört zum Stichwort „Lücken-Presse“

Die vier Netzbetreiber in Deutschland (Amprion, Tennet, Transnet-BW und 50-Hertz) versuchen, Beunruhigung zu vermeiden, und vermögen doch nicht abzuwehren. Die FAZ vom 8. Dezember 2016 zitiert sie: Die Versorgungssicherheit sei „derzeit nicht akut gefährdet“. Doch hätten sich die Belastung der Stromnetze und damit die Risiken für die Versorgung im Vergleich zu den vergangenen Jahren deutlich erhöht: Es entstehe zunehmend ein Nord-Süd-Gefälle zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch in Deutschland. Dies führe zu extrem starken Belastungen des Höchstspannungsnetzes, die besonders in den Wintermonaten bei starker Windeinspeisung in Verbindung mit einer hohen Last kritisch werden können. Die FAZ betet das nach. Aber dieses Problem hat es vor der „Energiewende“ nie gegeben, da war der deutsche Süden mit Strom aus Kernkraft und Kohle sicher und bestens versorgt. Es ist auch bezeichnend, dass FAZ-Berichte wie dieser (Autor: Andreas Mihm) kein Wort über die Energiewende als Ursache verlieren. Sie wird für kundigere Leser allenfalls zwischen den Zeilen erkennbar. Auch das gehört zum Stichwort „Lückenpresse“.

Vorgeblich sind die fehlenden Leitungen schuld, nicht die Energiewende

Die FAZ berichtet auch dies: „Der Markt leidet unter Fehlanreizen: Signalisieren die Wetterdienste viel Wind, fällt der Preis an der Strombörse. Dort wird mit viel Windstrom gerechnet, der preiswert ist, weil er schon per Umlage bezahlt ist. Wegen niedriger Preise melden sich Kraftwerke ab, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sind. Gleichzeitig steigt die Nachfrage in Südeuropa nach dem preiswerten Strom aus Deutschland. Weil die Leitungen nicht ausreichen, den Windstrom aus dem Norden abzutransportieren, müssen im Süden Kraftwerke angeworfen werden, um die Nachfrage zu decken. Die Extrakosten für diesen ‚Redispatch‘ werden auf die Verbraucher umgelegt. Voriges Jahr waren das eine Milliarde Euro. Die Bundesnetzagentur rechnet hier bis zum Jahr 2023, wenn alle Atomkraftwerke abgeschaltet sein sollen, mit einem Aufwand von vier Milliarden Euro.“ (FAZ vom 24. September 2016, Seite 28). Für das wendebegeisterte Lücken-Medium FAZ ist also nicht die Energiewende das Problem, sondern nur die nicht ausreichenden Leitungen. Dieses Blatt hatte einst einen besseren Ruf.

„Wenn Du ein totes Pferd reitest, ...“

Die „Energiewende“ von 2010/11 – zu verantworten von Kanzlerin Merkel wider besseres Wissen – sieht vor, erstens aus der Stromerzeugung mit Kernkraft auszusteigen, zweitens auch aus der Nutzung sämtlicher fossiler Energie auszusteigen, drittens stattdessen die Stromerzeugung mit Sonne und Wind sowie Wasser, Pflanzenmasse und Geothermie als Energieträger immer weiter auszuweiten und Strom schließlich nur noch mit ihnen herzustellen sowie viertens die Energieeffizienz zu steigern. Und das mit brachialer staatlicher Interventionsgewalt fern von freiem Wettbewerb und gemeinnütziger Marktwirtschaft. Marktwirtschaft in Deutschland das war einmal. Auch hiesige Politiker werden von der bekannten Spruchweisheit der Dakota-Indianer schon einmal gehört haben: Wenn Du ein totes Pferd reitest, steig ab. Doch Dakotas

wollen sie nicht sein. Sie bleiben sitzen.

Ein Gesetzentwurf für Notmaßnahmen auch bei großflächigem Stromausfall

Der drohende Stromkollaps ist kein Luftgespinnst. Die Bundesregierung ist sich offenkundig der Gefahr massiver Stromausfälle in Deutschland bewusst. Sie hat jüngst einen Gesetzentwurf beschlossen, der für den Katastrophenfall Rationierungen und Enteignungen vorsieht. Als Beispiel dafür werden Pandemien und Stromausfälle genannt, aber auch kriegerische Auseinandersetzung oder ein Terroranschlag mit großflächiger Freisetzung radioaktiver Strahlung. Fällt flächendeckend der Strom, stehen Produktionen still, brechen Versorgungsketten zusammen, erleichtert Dunkelheit Diebstahl und Raub. Dann soll zum Beispiel die Abgabe von Lebensmitteln unter hoheitliche Aufsicht gestellt werden können, um Plünderungen zu vermeiden. Dann sind auch Rationierungen und Enteignungen vorgesehen (FAZ vom 1. Dezember 2016, Seite 21; ferner [hier](#), [hier](#), [hier](#) und [hier](#)).

Die Stromkollaps-Gefahr mutwillig herbeigeführt

Die Stromkollapsgefahr wird mit noch mehr Wind- und Sonnenstrom immer bedrohlicher. Sie wird – eine andere rationale Erklärung dieser irrationalen Politik ist schon nicht mehr vorstellbar – mutwillig herbeigeführt. Dann wird es so weit kommen, dass die Menschen, wenn sie Strom haben wollen, ihn nicht erhalten. Dann wird der Strom rationiert, und sie dürfen ihre Stromgerätschaften nur zu bestimmten Zeiten betreiben und zu bestimmten Zeiten eben nicht. Damit tritt genau das ein, wovor Stromexperten von Beginn an gewarnt haben. Die „Energiewende“ führt zur Deindustrialisierung. Ein Land, das keinen Strom bereitstellen kann, der verlässlich und kostengünstig genug ist, wird von Industrieunternehmen verlassen, und andere werden ihnen folgen.

Die Täter haften für den immensen Schaden nicht, nur die Bürger

Besonders schlimm: Für diese Deindustrialisierung nehmen wendebesessenen Politiker immense Kosten in Kauf, die letztlich allein die Bürger zu tragen haben. Diese Kosten gehen nicht in die Millionen, nicht in die Milliarden, sondern in die Billionen. Für diesen Riesenschaden, den die politische Kaste zusammen mit ihren Mitläufern in der Wirtschaft sowie den Lücken- und System-Medien anrichten, haften sie alle nicht; in Haftung genommen wird der Bürger mit allem, was er hat. Und die Bürger verdienen es auch nicht besser, solange sie im Tiefschlaf verharren und sich dem Glauben hingeben, die Energiewende sei eine für sie frohe Botschaft. Bürger, bitte aufwachen!